



Bern, 23. November 2022

Das Engagement der Schweiz in den Steuerungsgremien der multilateralen Entwicklungsbanken

Bericht des Bundesrates in Erfüllung von Art. 5 des
Bundesbeschlusses vom 16. Dezember 2020 über die
Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der
Weltbankgruppe

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	ii
Liste der verwendeten Abkürzungen	iii
1 Einleitung	1
2 Beispiele des Schweizer Engagements zu den parlamentarischen Themenschwerpunkten.....	3
2.1 Rechtsstaatlichkeit.....	3
2.2 Umwelt- und Sozialstandards und Menschenrechte.....	4
2.3 Geschlechtergleichstellung	6
2.4 Schaffung von lokalen und guten Arbeitsplätzen.....	7
2.5 Förderung öffentlicher Gesundheits- und Bildungssysteme	8
2.6 Klimawandel	9
2.7 Nachhaltige Landwirtschaft und agroökologische Ansätze.....	10
3 Schlussfolgerungen des Bundesrats.....	11
Anhang 1: Bundesbeschluss BBI 2020 10067	13
Anhang 2: Übersicht Stimmrechtsgruppen	15

Liste der verwendeten Abkürzungen

AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank
AsDB	Asiatische Entwicklungsbank
AIIB	Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank
COP26	26. Weltklimakonferenz der UNO
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EIB	Europäische Investitionsbank
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
IDB	Inter-Amerikanische Entwicklungsbank
IFC	Internationale Finanz Corporation
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfonds
IZA	Internationale Zusammenarbeit
MDB	Multilaterale Entwicklungsbank
MIGA	Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
WB	Weltbank (IBRD und IDA)
WBG	Weltbankgruppe (IBRD, IDA, IFC, MIGA, ICSID)

1 Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt der Bundesrat den Auftrag nach Artikel 5 des Bundesbeschlusses vom 16. Dezember 2020 über die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe (BBI 2020 10067, vgl. Anhang 1), indem er den Aussenpolitischen Kommissionen eine Auswertung über das Engagement der Schweiz in den Steuerungsgremien der Weltbankgruppe (WBG) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) vorlegt. Im Sinne der Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung setzt sich die Schweiz in allen multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs, englisch für Multilateral Development Banks), in denen sie Mitglied ist,¹ für die in Artikel 4 des Bundesbeschlusses definierten Themenschwerpunkte ein. Diese umfassen die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Geschlechtergleichstellung, die Bekämpfung des Klimawandels und eine nachhaltige Landwirtschaft, einschliesslich agroökologischer Ansätze, die die Schaffung von lokalen und guten Arbeitsplätzen sowie die Förderung von öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen. Die MDBs, als wichtige Pfeiler des multilateralen Entwicklungssystems, spielen eine herausragende Rolle in der Umsetzung dieser Themenschwerpunkte. Für die Schweiz ist das Engagement in den MDBs von grosser Bedeutung und stellt eine Chance dar, über ihre Aktivitäten grössere Wirkung zu erzielen.

Das Engagement der Schweiz stützt sich neben dem Bundesbeschluss auch auf die relevanten entwicklungs-, aussen- und aussenwirtschaftspolitischen Strategien ab, insbesondere der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA-Strategie) 2021-2024. Die Mehrheit der Themenschwerpunkte gemäss BBI sind ausdrücklich in diesen Strategien und ihren Vorläufern verankert und somit schon länger Prioritäten des Schweizer Engagements bei den MDBs. Andere sind spezifischerer Natur und erfordern ein zusätzliches gezieltes Engagement.

Entscheidungsprozesse und Funktionsweise der Exekutivräte

Der Gouverneursrat ist das oberste Entscheidungsgremium in den MDBs. Während die Themen von institutioneller Tragweite, wie beispielsweise Kapitalerhöhungen, auf Gouverneursebene abgehandelt werden, delegiert der Gouverneursrat die tägliche Geschäftsführung an den Exekutivrat. Grosse Mitgliedsländer haben ihren eigenen Sitz im Exekutivrat. Die anderen Exekutivdirektorinnen und -direktoren vertreten jeweils eine Gruppe von Ländern. In der WBG und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) leitet die Schweiz eine Stimmrechtsgruppe und ist permanent in den Exekutiv- und Gouverneursräten vertreten. Das Stimmrecht der Mitglieder bzw. Stimmrechtsgruppen entspricht im Wesentlichen ihrem Kapitalanteil. Im Exekutivrat wird in wichtigen strategischen Fragen jeweils ein Konsens aller Mitglieder angestrebt. Die breite Abstützung soll die Entscheide legitimieren.

Wichtige Geschäfte werden in den relevanten Kommissionen vordiskutiert und gegebenenfalls von der Führung der Bank individuell mit den Mitgliedern besprochen. Für Projekte wird ein solcher Konsens nicht zwingend angestrebt. Wenn sich allerdings abzeichnet, dass ein Projekt im Exekutivrat auf bedeutenden Widerstand oder Ablehnung stösst, wird das Projekt im Vorfeld angepasst oder zurückgezogen. Das Konsensverfahren ermöglicht eine breit abgestützte Entscheidungsfindung.

Trends und aktuelle Themen in den MDBs und Position der Schweiz

¹ Die Schweiz ist Mitglied bei der Weltbankgruppe (WBG), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB).

Seit der Verabschiedung des Bundesbeschlusses haben mehrere übergeordnete Themen die Diskussionen in den formellen und informellen Entscheidungsprozessen der MDBs geprägt. Die Koordination unter den MDBs zu diesen Themen, u. a. im Rahmen von thematischen Arbeitsgruppen, ermöglichte es ihnen, eine kohärente und gemeinsame Stossrichtung einzuschlagen.

- **Attaque russe contre l'Ukraine:** Les MDBs ont réagi très rapidement à la crise humanitaire et économique déclenchée par l'attaque russe contre l'Ukraine en approuvant des paquets de soutien. La Suisse soutient ces programmes d'urgence et salue la réponse rapide des Banques pour atténuer l'impact de la guerre et aider le peuple ukrainien. Dans les MDBs, la Suisse a fortement condamné l'attaque militaire russe contre l'Ukraine et appelé la Russie à désamorcer immédiatement la situation et cesser les hostilités. La Suisse insiste sur le respect du droit international, en particulier les règles qui interdisent l'usage de la force et protègent l'intégrité territoriale et la souveraineté des Etats.
- **Bewältigung der Covid-19-Krise:** Die MDBs haben Entwicklungsländer in kürzester Zeit mit finanziellen und technischen Unterstützungsmassnahmen zur Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie unterstützt. Diese Massnahmen umfassten u. a. Präventionskampagnen, Tests, Impfungen und die Bereitstellung dringend benötigter medizinischer Güter, aber auch schnell auszahlbare Budgethilfen. Mit den Krisenbewältigungsmassnahmen haben sich insbesondere die regionalen Entwicklungsbanken teilweise von ihrem Kernmandat der Projektinvestitionen, u. a. im Bereich der Infrastrukturfinanzierung, entfernt. Die Schweiz hat die Massnahmen unterstützt und die MDBs aufgefordert, ihre Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Anwendung der Umwelt- und Sozialstandards sowie zur Verhinderung von Korruption, insbesondere bei der Beschaffung von Impfstoffen, wahrzunehmen. Sie fordert nun, dass die regionalen MDBs mittelfristig wieder ihr Kernmandat wahrnehmen und ihre Mitglieder im Aufbau von langfristigen Systemen und Infrastrukturen unterstützen, um die Armutsreduktions- und Entwicklungsziele zu erreichen. Dies ist auch erforderlich, um die Umsetzung der multilateralen Themenschwerpunkte gemäss Bundesbeschluss sicherzustellen.
- **Umwelt- und Sozialstandards:** Die Umwelt- und Sozialstandards der MDBs, welche die Projektrisiken für Mensch und Umwelt minimieren sollen, werden periodisch aktualisiert. Die WBG hat ihr Umwelt- und Sozialregelwerk 2016 revidiert, die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) 2021. Die Revision der Regelwerke der AfDB und der Asiatischen Entwicklungsbank (AsDB) erfolgte 2022. Ein Ziel der Revisionen ist es, die Standards der verschiedenen MDBs zu harmonisieren, um Partnerländern die Zusammenarbeit mit den MDBs zu vereinfachen. Die Schweiz hat in den Revisionen der Standards eine starke Stimme und setzt sich für moderne und umfassende Umwelt- und Sozialregelwerke ein. Sie fordert, dass die Regelwerke zum Aufbau effektiver nationaler Risikomanagementsysteme beitragen, die MDBs ausreichend Ressourcen zur Umsetzung der Standards bereitstellen und ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen.
- **Klimawandel:** Die MDBs haben sich vor der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow 2021 (COP26) dazu verpflichtet, alle ihre Aktivitäten bis spätestens 2025 an das Pariser Klimaabkommen anzugleichen. Sie haben sich konkrete Klimafinanzierungsziele gesetzt und verstärken die Berücksichtigung von Klimaerwägungen in ihren gesamten Portfolios. Damit die MDBs eine tragende Rolle zur Erreichung der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung und der globalen Klimaziele spielen, setzt sich die Schweiz im Klimabereich dezidiert für die Verringerung von Treibhausgasemissionen, die Förderung der Energiewende und die Anpassung an den Klimawandel ein. Die Schweiz lehnt MDB-Investitionen in Kohle ab. Investitionen in Erdöl und Erdgas unterstützt sie nur in Ausnahmefällen.

Vorgehen und Akzente der Schweiz

Die Schweiz setzt sich für die Umsetzung der multilateralen Themenschwerpunkte gemäss Bundesbeschluss ein, indem sie entsprechende Projekte, Politiken und Strategien in den MDBs eng begleitet und ihre Prioritäten aktiv in die Entscheidungsprozesse einbringt. Dabei ist die Zusammenarbeit der Schweiz mit den Mitgliedsländern innerhalb ihrer jeweiligen Stimmrechtsgruppe (vgl. Anhang 2), vorgängige Konsultationen mit dem Management und den Fachpersonen der Institutionen sowie der Austausch zwischen gleichgesinnten Mitgliedsländern ausschlaggebend. Mit ihren substanziellen Beiträgen übernimmt die Schweiz in der konsensbasierten Entscheidungsfindung der MDBs oft eine wichtige Rolle und agiert als Vermittlerin und Brückenbildnerin innerhalb ihrer jeweiligen Stimmrechtsgruppe. Die Schweizer Vertreterinnen und Vertreter in den MDBs sowie die Verantwortlichen des SECO und der DEZA wurden zu den Themenschwerpunkten informiert und erhielten die Anweisung, schwerpunktrelevante Schweizer Interventionen in den Steuerungsgremien der MDBs in einer Datenbank festzuhalten. Im Jahr 2021 hat sich die Schweiz bei den MDBs insgesamt 93 Mal zu einem der multilateralen Themenschwerpunkte eingebracht. Dabei war die Bekämpfung des Klimawandels mit 35 Interventionen das gewichtigste Thema, gefolgt von Umwelt- und Sozialstandards und Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit und Korruption mit 24, resp. 14 Beiträgen. Diese Zahlen umfassen lediglich die Schweizer Interventionen im Rahmen der offiziellen Geschäfte des Exekutivrats, nicht aber die Diskussionen in den informellen Entscheidungsprozessen.

Für die Schweiz wie auch für andere Mitgliedsländer sind hohe Wirksamkeit, nachweisliche Projektresultate und nachhaltige Entwicklungseffekte, die durch interne und unabhängige, externe Gutachter gemessen und evaluiert werden, von zentraler Bedeutung. Um dies zu erreichen, setzt sich die Schweiz dafür ein, dass Projekte und Programme einen engen Zielfokus haben und sichergestellt wird, dass Lehren für die Planung und Umsetzung künftiger Aktivitäten gezogen werden. Die MDBs legen ihren Mitgliedern fortlaufend Rechenschaft ab. Dies erlaubt es ihnen, die Umsetzung der Mandate sowie die strategische, institutionelle und operative Ausrichtung der MDBs zu begleiten und zu steuern.

2 Beispiele des Schweizer Engagements zu den parlamentarischen Themenschwerpunkten

Im Folgenden wird das Schweizer Engagement zu den multilateralen Themenschwerpunkten durch Beispiele aus allen MDBs veranschaulicht. Dabei liegt der Fokus angesichts des Bundesbeschlusses hauptsächlich auf der WBG und der AfDB.

2.1 Rechtsstaatlichkeit

Schwache Rechtsstaatlichkeit und Korruption gehören zu den grössten Hindernissen für inklusive und nachhaltige Entwicklung. Sie erhöhen die Kosten und erschweren den Zugang zu Gesundheit, Bildung, Justiz, Energieversorgung und anderen grundlegenden Dienstleistungen und verschärfen dadurch die Ungleichheit. Sie untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Staat und stellen damit eine Bedrohung für Frieden, Menschenrechte und Stabilität dar. Die Schweiz setzt sich in den MDBs aktiv für Projekte zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und Antikorruptionsinitiativen ein.

AfDB Strategy for Economic Governance in Africa (2021-2025)

2021 hat die AfDB eine neue Strategie für die wirtschaftliche Gouvernanz verabschiedet, welche den Zeitraum von 2021 bis 2025 abdeckt. Die AfDB behandelt Gouvernanz, einschliesslich gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, als transversales Thema, dessen Stärkung für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsreduktion in afrikanischen

Ländern zentral ist. Die neue Strategie legt den Fokus auf die Stärkung des öffentlichen Finanzwesens, die Förderung von Transparenz und Rechenschaftslegung und die Bekämpfung der Korruption, beispielsweise bei der Ausarbeitung von transparenten Verträgen im Rohstoffsektor oder der Stärkung von nationalen Antikorruptionsbehörden. Die Schweiz hat die Strategie unterstützt und begrüsst das Engagement der AfDB in diesem wichtigen Bereich. Insbesondere strich sie den klaren Fokus auf Korruptionsbekämpfung hervor. Die Schweiz hat ihre Anliegen gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern aktiv im Exekutivrat vertreten. Gerade angesichts der steigenden Verschuldung auf dem afrikanischen Kontinent rief sie dazu auf, wirtschaftliche Gouvernanz vermehrt ins Zentrum zu stellen. Darüber hinaus hat sie sich dafür eingesetzt, dass die AfDB ihre Partnerschaften mit anderen Akteuren, insbesondere mit der WBG und dem internationalen Währungsfonds (IWF), vertieft und sich auf ihre komparativen Stärken konzentriert. Der Exekutivrat hat die Strategie einstimmig gutgeheissen.

IDB Digital Transformation of Justice in Colombia

Die 2019 aktualisierte und von der Schweiz befürwortete institutionelle Strategie der IDB bildet die zentrale strategische Leitlinie der Bank. Darin bilden die Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere durch die Förderung von Transparenz, ein Schwerpunktthema. Die IDB ist eine wichtige Akteurin, um in Lateinamerika und der Karibik die dringend benötigten Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz, Integrität und zur Korruptionsbekämpfung umzusetzen. Die Schweiz hat ein langjähriges Engagement für die Stärkung der Justizsysteme. In diesem Sinne hat sie im Juni 2021 ein IDB-Projekt zur Verbesserung des kolumbianischen Justizsystems mittels Digitalisierung unterstützt. Mit dem Kredit in der Höhe von 600 Millionen Dollar sollen die Rechtssicherheit sowie die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit im Land gefördert werden. Dank verbesserter Effizienz und Transparenz von Gerichtsverfahren sollen die Kosten für die breite Bevölkerung reduziert und Verjährungen vermieden werden. Es handelt sich um eine so genannt bedingte Kreditlinie der IDB, ein Instrument, welches die erbrachten Fortschritte des Partnerstaats periodisch prüft, bevor weitere Mittel ausgeschüttet werden. Die Notwendigkeit der Reformen sowie die Relevanz des vorgeschlagenen IDB-Kredits wurde durch die Schweizer Vertretung in Kolumbien bestätigt. Die Schweiz hat das Vorhaben in ihrer Stimmrechtsgruppe und im Exekutivrat unterstützt und die Erarbeitung einer projektumfassenden Strategie für Cybersicherheit und Datenschutz sowie Schulungs- und Sensibilisierungsmassnahmen dazu gefordert. Damit konnte die Schweiz dazu beitragen, dass in der laufenden Umsetzung vertrauliche Daten besser geschützt werden und das Justizsystem auch für einfache Bürgerinnen und Bürger sowie lokale Kleinunternehmen zugänglich wird.

2.2 Umwelt- und Sozialstandards und Menschenrechte

Alle Investitionsprojekte der MDBs unterliegen strikten Umwelt- und Sozialstandards, die periodisch aktualisiert werden. Sie legen Anforderungen fest, um die ökologischen und sozialen Risiken sowie die Verletzung von Menschenrechten zu minimieren. Die Menschenrechte, wie sie in der UNO-Menschenrechtsdeklaration festgehalten sind, bilden einen wichtigen Referenzrahmen für die Aktivitäten der MDBs und viele Projekte unterstützen direkt oder indirekt deren Umsetzung.² Für die Schweiz ist die Erarbeitung von ambitionierten Umwelt- und Sozialstandards sowie deren wirkungsvolle Umsetzung eine Priorität. Sie setzt sich dafür ein, dass die MDBs Projektrisiken sorgfältig identifizieren, überwachen und in der

² Siehe [20.3932 | Bericht über die Umsetzung der seit 2016 bestehenden Umwelt- und Sozialstandards in der Weltbankgruppe | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#)

Umsetzung minimieren. Zudem engagiert sie sich für eine umfängliche Aufarbeitung von allfälligen Unregelmässigkeiten sowie adäquate Kompensation der Betroffenen.

Revision der Umwelt- und Sozialstandards bei der AIIB

Zuletzt wurden im Frühjahr 2021 die Umwelt- und Sozialstandards der AIIB überarbeitet. Unter effektiver Einflussnahme der Schweiz, ihrer Stimmrechtsgruppe und weiterer gleichgesinnter Länder wurden Schlüsselbereiche gestärkt, insbesondere bezüglich Transparenz und Offenlegung von Informationen, Klimaschutz, Schutz von Biodiversität, Gleichstellung der Geschlechter, Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Auflagen für Finanzintermediäre und Kapitalmarktoperationen. Während des 18-monatigen Revisionsprozesses wurden in zwei öffentlichen Konsultationsrunden auch Direktbetroffene und Nichtregierungsorganisationen konsultiert, womit einem wichtigen Anliegen der Schweiz entsprochen wurde. Mit der Revision bekräftigt die AIIB ihre Verpflichtung zu höchsten Projektstandards, die jenen anderer MDBs gleichwertig sind. Die Schweiz hat sich stark für eine enge Zusammenarbeit und die Harmonisierung der Umwelt- und Sozialstandards über alle MDBs eingesetzt. Durch ihr aktives Engagement konnte sie ausserdem einen Konsens aller Mitglieder zum vollständigen Ausschluss von Asbest aus allen Projekten und Beschaffungsprozessen mobilisieren.

Ein Beispiel für die positive Hebelwirkung, welche die Standards der AIIB erzielen können, ist das «Green On-Lending Facility»-Projekt mit der chinesischen Exim-Bank. Als Bedingung für die Umsetzung umweltfreundlicher Unterprojekte in China im Umfang von 200 Millionen Dollar wird die Exim-Bank ihre Umwelt- und Sozialstandards mit denjenigen der AIIB in Einklang bringen, die Fortschritte auf ihrer Website transparent offenlegen und einen öffentlichen Beschwerdemechanismus auf Projektebene einrichten.

Enge Begleitung der Problematik von Zwangsarbeit in Solarlieferketten

Seit Anfang 2021 nehmen Berichte zivilgesellschaftlicher Organisationen zu, die auf das Risiko der Zwangsarbeit in der Polysilizium- und Solarpanelherstellung in der Volksrepublik China hinweisen. Um in ihren Projekten Zwangs- oder Kinderarbeit auszuschliessen, verpflichten MDBs ihre Partner und deren Erstzulieferer vertraglich zur Einhaltung der entsprechenden Sozialstandards. Bei Nichteinhaltung können die MDBs die Zusammenarbeit auflösen und die Rückzahlung der Kredite fordern. Die Schweiz vertritt eine Position, wonach die Einhaltung der Menschenrechte in den Lieferketten sichergestellt und die MDBs in der Lage sein müssen, ihre Aufsichtspflicht wahrzunehmen. Sie hat zusammen mit gleichgesinnten Ländern die MDBs verpflichtet, ihre Aufsichtspflicht in der Solarlieferkette wahrzunehmen, um den Einsatz von Zwangs- und Kinderarbeit ausschliessen zu können. Daraufhin haben die MDBs (AfDB, AsDB, AIIB, EBRD, IDB, IFC und WBG) eine Arbeitsgruppe gegründet, um gemeinsame Lösungen zu finden, damit die Sorgfaltspflicht, Schutzmassnahmen und Rechtsmittel von allen Branchenbeteiligten, einschliesslich den Zulieferern, gewährleistet werden. Dazu arbeiten sie auch mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammen. Über einen Zeitraum von zwei Jahren soll die Rückverfolgbarkeit der Solarlieferketten sichergestellt werden und die resultierenden Verifizierungsmechanismen anwendbar sein, einschliesslich in anderen risikobehafteten Industrien und Lieferketten.

IFC-AIIB India Enel Green 300 MW Solar Projekt

Als Beispiel wurden auf Begehren der Schweiz und anderer gleichgesinnter Länder in einem von der Internationalen Finanz Corporation (IFC) und AIIB ko-finanzierten Solarenergieprojekt in Indien, dem *India Enel Green 300 MW Solar Project*, vom chinesischen Zulieferer der Photovoltaik-Paneelen zusätzliche vertragliche Verpflichtungen in Bezug auf Arbeitspraktiken

sowie Rechte auf Prüfung und Kreditkündigung im Falle der Nichteinhaltung eingeholt. Die Verankerung dieser zusätzlichen Auflagen in den Darlehensverträgen war eine Voraussetzung für die Unterstützung des Projekts durch die Schweiz.

2.3 Geschlechtergleichstellung

Die MDBs verfügen über umfassende Strategien oder Aktionspläne mit konkreten Zielsetzungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Geschlechtergleichstellung nicht nur in den Strategien reflektiert, sondern auch mit gezielten Programmen gefördert und als Transversalthema in den Projekten berücksichtigt wird. Den Tätigkeitsfeldern der MDBs entsprechend stehen insbesondere die Förderung der wirtschaftlichen Gleichstellung und Teilhabe von Frauen, strikte Richtlinien und Massnahmen zur Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, sowie – namentlich bei der Weltbank (WB) – die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte durch gezielte Programme im Vordergrund.

Förderung der Geschlechtergleichstellung in der WBG

In den Verhandlungen zur 20. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) von März bis Dezember 2021 war die Geschlechtergleichstellung eines von fünf Schwerpunktthemen. Die Schweiz hat sich für eine ehrgeizige Zielsetzung zur Bewältigung der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Bildung, Gesundheit, wirtschaftlicher Teilhabe und Digitalisierung eingesetzt, die sich durch die Covid-19-Krise teilweise noch verschärft haben. Sie hat gemeinsam mit 14 gleichgesinnten Ländern ein Positionspapier erarbeitet, das u. a. auch verstärkte Unterstützung für sexuelle und reproduktive Gesundheit als Teil der Grundversorgung und die Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten in öffentlichen Steuer- und Finanzsystemen fordert. Dank dieses Engagements konnten die Zielsetzungen der WB weiter erhöht und geschärft werden. So wurde z. B. ein explizites Ziel vereinbart, mindestens 30 der 74 IDA-Länder in den nächsten drei Jahren mit Programmen zur Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit zu unterstützen.

2021 und 2022 wurden im Exekutivrat zudem Umsetzungsberichte zur *WBG Gender Strategy 2016-2023*³ sowie zum Aktionsplan gegen geschlechterspezifische Gewalt⁴ diskutiert. Die Schweiz hat sich für eine verstärkte Resultatorientierung auf Länder- statt Projektebene, vermehrte Integration von Gleichstellungsmassnahmen in Privatsektor-Investitionen, Investitionen in WBG-interne Weiterbildungen und Fachkapazitäten sowie die Erarbeitung systematischer Richtlinien für die Minimierung von Risiken geschlechterspezifischer Gewalt in relevanten WBG-Projekten ausgesprochen. Die Schweizer Vertretung im Exekutivrat hat in beiden Jahren eine gemeinsame Stellungnahme zur *Gender Strategy* koordiniert, die im 2021 von 23 der 25 Exekutivdirektorinnen und -direktoren und im 2022 von allen 25 mitgetragen wurde. Die Anliegen der Schweiz wurden von der WBG aufgenommen.

Förderung der Geschlechtergleichstellung in der AfDB

La BAfD a lancé en 2021 la nouvelle Stratégie Genre 2021-2025, qui s'articule sur trois piliers: l'autonomisation des femmes, surtout via l'accès aux financements et aux marchés, la création d'emplois pour les femmes et l'accès équitable aux services sociaux à travers les infrastructures telles que les routes. Lors de la discussion au Conseil d'administration, la Suisse a mis l'accent sur l'importance d'un dialogue politique continu avec les gouvernements des pays clients afin de lever les barrières empêchant l'égalité des genres, liées par exemple au droit foncier. La Suisse a félicité la BAfD d'appliquer une grille de lecture et d'analyse

³ <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/23425>

⁴ <https://documents1.worldbank.org/curated/en/206731510166266845/pdf/121031-WP-PUBLIC-Gender-Based-Violence-Task-Force-Action-Plan.pdf>

orienté vers le genre dans tous les projets et a appelé à l'implication des hommes dans la mise en œuvre de la Stratégie. Elle s'est engagée avec succès sur l'application d'une politique stricte de prévention de l'exploitation, des abus et du harcèlement sexuel, tant au sein de l'institution que dans ses projets.

2.4 Schaffung von lokalen und guten Arbeitsplätzen

Ein kompetitiver Privatsektor, der Arbeitsplätze schafft, ist attraktiv für Investitionen, führt zu Innovation und verhilft den Entwicklungsländern zu nachhaltigem Wachstum. Die Schaffung von guten Arbeitsplätzen in armen und fragilen Ländern ist eine grosse Herausforderung, da Investoren deren Geschäftsumfeld oft als zu riskant erachten. Die MDBs spielen eine zentrale Rolle in der Förderung guter Rahmenbedingung für die Privatsektorentwicklung und in der Mobilisierung privater Investitionen. Die Schweiz setzt sich in den Exekutivräten stark für diese Anliegen und Ansätze ein.

IDA-20 Wiederauffüllung und Private Sector Window

Seit 2018 verfügt die WBG über eine Fazilität, welche gezielt die Risiken von Investitionen der WBG in private Unternehmen in armen und fragilen Ländern reduziert und so die Schaffung von Märkten und Arbeitsplätzen vor Ort fördert. Dazu vergibt das sogenannte Privatsektorfenster (PSW, englisch für *Private Sector Window*) der IDA in einem strengen Vergabeverfahren zeitlich begrenzte Subventionen an Unternehmen, die zusammen mit IFC oder der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) in diesen Ländern Investitionen tätigen. Die Schweiz setzt sich seit Beginn für das PSW ein und legt dabei einen besonderen Fokus auf hochwertige Projekte mit ausgewiesener Entwicklungswirkung. In den Verhandlungen zur 20. Wiederauffüllung der IDA (IDA20) hat sie sich für die Umsetzung innovativer Ansätze zur Förderung von Investitionen, wie z. B. die Finanzierung von Projekten in Lokalwährung, eingesetzt. Durch die Unterstützung der Schweiz und anderer Länder wird das PSW auch in Zukunft ein Fokus von IDA bleiben. Dies ist zentral angesichts der wichtigen Rolle, welche der Privatsektor für die Erreichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auch in den armen und fragilen Ländern spielt.

IDB Poverty and Vulnerability Roadmap (IDB Invest)

Die Region Lateinamerika und Karibik ist mit einer schwachen Wachstumsprognose und sozialen Unruhen in Verbindung mit einer anhaltend hohen Ungleichheit konfrontiert. Covid-19 hat diese Herausforderungen weiter verschärft. Benachteiligte Haushalte haben unverhältnismässig stark gelitten. In diesem Kontext ist die *Poverty and Vulnerability Roadmap* von IDB Invest, dem Privatsektorarm der IDB, erarbeitet worden. Sie zeigt Wege auf, wie arme, gefährdete und ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen durch den Privatsektor unterstützt und gefördert werden können, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Fahrplan sieht vor, dass IDB Invest eng mit Unternehmen zusammenarbeitet, um Beschäftigungsmöglichkeiten in einkommensschwachen Gemeinden zu schaffen, den Zugang zu Dienstleistungen zu erleichtern sowie Kleinunternehmen und Kleinbäuerinnen und -bauern in Wertschöpfungsketten einzubinden. Die Schweiz hat eine entscheidende Rolle dabei gespielt, einen Ansatz zur Thematik zu definieren, die Ausarbeitung des Fahrplans voranzutreiben und weitere Länder für das Anliegen zu gewinnen. Für die Schweiz stand insbesondere die Definition konkreter und messbarer Ziele in der Umsetzung des Fahrplans im Zentrum. Diese Haltung wurde von anderen Mitgliedsländern geteilt und floss in die Strategie ein, die im Juli 2021 genehmigt wurde.

2.5 Förderung öffentlicher Gesundheits- und Bildungssysteme

Die Schweiz setzt sich in den MDBs für hochwertige, universell zugängliche Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen ein, wobei die Stärkung der öffentlichen Systeme im Vordergrund steht. Bei komplementären privaten Investitionen in diesen Bereichen achtet sie darauf, dass das Recht auf Bildung und Gesundheit respektiert wird.⁵

Covid-19 Response und Health Systems Strengthening Approach der Weltbankgruppe

Vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise und ihren Auswirkungen hat der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen zusätzlich an Gewicht gewonnen. Die WB hat in kurzer Zeit umfassende finanzielle und technische Unterstützungsmassnahmen für die Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen in den Entwicklungsländern bereitgestellt und ihre Finanzierung im Gesundheitsbereich während der Krise mehr als verdoppelt. Neben Tests, Präventionskampagnen, Impfungen und dringend benötigten medizinischen Gütern wurden mit diesen Programmen auch gezielte Investitionen in die längerfristige Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme finanziert. IFC und MIGA investierten in die Stärkung der Produktionskapazitäten für Medizinalgüter in Schwellen- und Entwicklungsländer und leisteten so komplementäre Unterstützung für den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Auch im Bildungsbereich hat die WB rasche Unterstützung geleistet, um Bildungsrückstände und Lernarmut durch Schulschliessungen⁶ zu minimieren und Reformen für eine bessere Finanzierung und höhere Bildungsqualität voranzutreiben.

Die Schweiz hat sich in den entsprechenden Diskussionen konsequent für einen gesamtheitlichen Ansatz in der Pandemiebewältigung und eine hochwertige Grundversorgung eingesetzt. Im Bildungsbereich hat sie ein besonderes Augenmerk auf die Bewältigung der Lernarmut und geschlechtsspezifischer Barrieren beim Zugang zu Bildung gelegt. Sie hat ihre Anliegen in Sitzungen des Exekutivrats, im Entwicklungskomitee⁷ und in den IDA20-Verhandlungen eingebracht. Gemeinsam mit anderen Ländern hat sie u. a. erreicht, dass bei IDA20 eine auf Gesundheitssystemstärkung und Prävention künftiger Pandemien ausgerichtete Covid-19-Antwort und konkrete Zielsetzungen für die Messung und Bewältigung geschlechterspezifischer Bildungsergebnisse verankert wurden.

AsDB Sustaining Essential Services Delivery Project: Support for Afghan People

Nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan im August 2021 haben die MDBs ihre Operationen angesichts der politischen Situation und der Sicherheitslage vorläufig suspendiert. Ausserordentliche Mittel, die direkt zur Hilfe für die afghanische Bevölkerung genutzt werden können, wurden aufgrund der katastrophalen humanitären Lage für UN-Agenturen und Nichtregierungsorganisationen genehmigt. In diesem Kontext hat die Hilfsmission der UNO in Afghanistan die AsDB um einen Hilfsbeitrag von 405 Millionen Dollar gebeten, um grundlegende öffentliche Gesundheitsdienste, die Grund- und Sekundarschulbildung sowie die Ernährungssicherheit sicherzustellen. Das Vorgehen wurde eng mit der WB und anderen multilateralen Akteuren abgestimmt. Die Schweiz unterstützte das Vorhaben und forderte eine enge Abstimmung zwischen den wichtigsten Entwicklungspartnern, um Überschneidungen zu vermeiden und die Komplementarität der Bemühungen zu gewährleisten.

⁵ Siehe Antwort des Bundesrats auf die Frage 20.5074 <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20205074>

⁶ Global waren mehr als 1,6 Milliarden Schülerinnen und Schüler von Schulschliessungen betroffen. <https://www.worldbank.org/en/topic/education/publication/the-state-of-the-global-education-crisis-a-path-to-recovery>

⁷ <https://www.devcommittee.org/sites/dc/files/download/Statements/2021-10/DCS2021-0064-Switzerland.pdf>

2.6 Klimawandel

Die Schweiz setzt sich aktiv für ehrgeizige Klimaziele und entsprechende Investitionsentscheidungen der MDBs ein. Sie fordert MDBs dazu auf, zu einer emissionsarmen Entwicklung in wichtigen Sektoren wie Energie, Verkehr, Stadtentwicklung und Landwirtschaft beizutragen. Die Schweiz ist Mitglied einer Gruppe von Ländern, die sich für hohe Klimaambitionen einsetzen und regelmässig untereinander koordinieren. Unter anderem dank der Arbeit dieser Gruppe haben die MDBs vor der COP26 angekündigt, bis 2025 die vollständige Kompatibilität neuer Investitionen mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens sicherzustellen und eine entsprechende harmonisierte Methode auszuarbeiten. Ziel ist, bis 2025 je nach MDB zwischen 35% und 50% der Investitionen auf Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen auszurichten und den Klimawandel im ganzen Portfolio zu berücksichtigen.

Schweizer Position zu Investitionen in fossile Brennstoffe in MDBs

Angesichts der Bedeutung kohlenstoffarmer Energiesysteme für die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und der besonderen Rolle der MDBs in diesem Zusammenhang, hat die Schweiz ihre Position zu Investitionsprojekten in fossile Brennstoffe Mitte 2022 verschärft. Sie lehnt Investitionen in Kohle und mit Ausnahmen in Öl ab und unterzieht Investitionen in Gas einer Reihe strenger, kumulativer Kriterien. Damit gehört sie zu den Ländern mit den restriktivsten Vorgaben. Zusammen mit 34 Ländern und 5 Entwicklungsfinanzierungsorganisationen hat die Schweiz an der COP26 das *Clean Energy Transition Statement* unterzeichnet, welches einen raschen Ausstieg aus fossilen Investitionen fordert. Die Schweiz vertritt diese Positionen auch bei der Revision der Klima- und Energiestrategien der MDBs. Im Jahr 2021 hat sie sich beispielsweise aktiv an der Erarbeitung des *Climate Change Action Plan 2021-2025* der WBG und der Revision der Energiestrategie der AsDB beteiligt. Mit anderen Ländern hat sie sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die MDBs Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz priorisieren, die Finanzierung fossiler Energien einschränken und Kohle mit Ausnahme von Stilllegungsprojekten ausschliessen.

Investment and MIGA Guarantees – Central Térmica de Temane (Mosambik)

Im Januar 2021 legte IFC dem Exekutivrat ein Investitionsprojekt in die Central Térmica de Temane, S.A. vor. Das Projekt umfasst die Entwicklung, den Bau und den Betrieb eines Gaskraftwerks in der nördlichen Provinz Inhambane im Rahmen eines Konzessionsvertrags mit einer Laufzeit von 25 Jahren sowie die Erstellung einer neuen Gaspipeline. Damit sollen bis 2030 bis zu 1,6 Millionen Kundinnen und Kunden mit Elektrizität versorgt werden, einschliesslich in benachbarten Ländern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ungefähr ein Drittel von Mosambiks Bevölkerung keinen Zugang zu Elektrizität hat. In ihrer Position hob die Schweiz die hohe Entwicklungswirkung sowie die enge Koordination zwischen multilateralen und bilateralen Akteuren in der Planung und Umsetzung des Projekts positiv hervor. Sie äusserte jedoch grundsätzliche Bedenken zur Kompatibilität des langfristigen Dekarbonisierungsplans Mosambiks mit dem Pariser Klimaabkommen. IFC legte im Austausch mit dem Exekutivrat dar, dass Gas lediglich als Zwischenlösung diene und wesentlich zur Erreichung der Ziele Mosambiks beitrage. Angesichts der bedeutenden Entwicklungswirkung und um einen Konsens in der Stimmrechtsgruppe zu erreichen, wurde das Projekt schliesslich auch mit Schweizer Zustimmung und damit einstimmig im Board genehmigt. In einem dezidierten Statement verlangte unsere Exekutivdirektorin verbindliche Zusicherungen von IFC, um den CO₂-Ausstoss bis 2050 zu minimieren. Zudem kündigte sie an, dass die Stimmrechtsgruppe ähnliche Projekte künftig nicht mehr unterstützen wird, falls die Bemühungen zur Energiewende nicht verbindlich in Projektdokumenten aufgezeigt werden.

EBRD Mytilienos Projekt (Griechenland)

Im November 2021 hat die EBRD ein Darlehen von 75 Millionen Euro an die griechische Firma Mytilienos für den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampf-Kombikraftwerks vergeben. Das Projekt wird von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und einer lokalen Geschäftsbank mitfinanziert. Zusammen mit einer Gruppe von Ländern hat sich die Schweiz der Stimme enthalten. Die Position der Schweiz beruhte darauf, dass das Projekt nicht alle Kriterien bzgl. Investitionsprojekten in fossile Brennstoffe erfüllte. Während das Projekt eine wichtige Rolle für die Sicherstellung der Energiesicherheit im Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft spielt und dem letzten Stand der Technik entspricht, wurde aus Sicht der Schweiz das Risiko eines langfristigen *Lock-in*-Effekts nicht ausreichend berücksichtigt. Die Schweiz hat insbesondere die Annahme, dass Wasserstoff als alternative Energiequelle ab 2040 zu tragbaren Preisen im Handel erhältlich ist, in Frage gestellt. Ein Betrieb mit Erdgas über 2050 hinaus wäre hingegen nicht vereinbar mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens.

2.7 Nachhaltige Landwirtschaft und agroökologische Ansätze

Seit der Verabschiedung des Bundesbeschlusses hat die Schweiz ihr Engagement für eine nachhaltige Landwirtschaft ausgebaut und sich namentlich für die Berücksichtigung agroökologischer Prinzipien sowie einen gesamtheitlichen Ansatz für nachhaltige Ernährungssysteme eingesetzt. Sie orientiert sich dabei u. a. an den 13 Prinzipien der Agrarökologie der hochrangigen Expertengruppe für Ernährungssicherheit und Ernährung (HLPE).⁸

Engagement für eine nachhaltige und inklusive Landwirtschaft in der WBG

Verschiedene Dimensionen einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Agrarökologie sind in Projekten der WBG bereits gut integriert. Dies betrifft insbesondere Ansätze im Bereich der nachhaltigen Bewirtschaftung ökologischer Ressourcen, die Förderung von Wertschöpfungsketten vor Ort sowie Massnahmen zur Förderung einer gesunden Ernährung. Andere Aspekte, beispielsweise die verstärkte Nutzung lokalen Wissens oder die Förderung der Mitsprache von Bäuerinnen und Bauern in politischen Prozessen sind in Strategien und Projekten der WBG teilweise noch zu wenig reflektiert und erfordern weiteres Engagement. So hat sich die Schweiz im Rahmen der 20. IDA-Wiederauffüllung für einen nachhaltigen und inklusiven Ansatz zur Förderung der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit eingesetzt, und eine Artikulation der entsprechenden WB-Ansätze im IDA20-Schlussbericht gefordert. Dieser umfasst nun, massgeblich auf Schweizer Engagement hin, einen entsprechenden Abschnitt.⁹ Neben den Verhandlungen hat sich die Schweiz auch im Exekutivrat für dieses Anliegen eingesetzt. Sie hat beispielsweise ausführliche Kommentare zu einem Konzeptpapier für eine unabhängige Evaluation des WBG-Engagements im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich eingereicht, in denen sie – aufbauend auf agroökologischen Prinzipien – eine breite Prüfung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wirkungen der Weltbankprojekte auf Ernährungssysteme und Kleinproduzenten forderte. Die Schweizer Anliegen wurden teilweise berücksichtigt; so hat die laufende Evaluation den Einfluss der Weltbankaktivitäten auf die

⁸ <https://www.fao.org/3/ca5602en/ca5602en.pdf>

⁹ <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/163861645554924417/ida20-building-back-better-from-the-crisis-toward-a-green-resilient-and-inclusive-future>

Mitsprache der Produzenten und Kleinbetriebe sowie auf die Bewahrung natürlicher Ressourcen über den Klimaaspekt hinaus berücksichtigt.

WBG West Africa Food Systems Resilience Program

Auch im Rahmen von konkreten Projektdiskussionen führte die Schweiz dieses Engagement fort. Der Exekutivrat hat im November 2021 das *West Africa Food System Resilience Program* diskutiert, das klimaresiliente Landwirtschaft, den regionalen Handel sowie digitale Dienstleistungen in der Sahelzone fördert und 4 Millionen Bäuerinnen und Bauern sowie Kleinbetriebe erreichen soll. Das Programm unterstützt eine nachhaltige Bewirtschaftung der ökologischen Ressourcen und widerspiegelt mehrere agroökologische Ansätze. Namentlich fördert es einen integrierten, ökosystembasierten und partizipativen Ansatz für die Entwicklung der Landwirtschaft sowie die Entwicklung von Lieferketten für Kleinproduzenten. Die Schweiz hat einen stärkeren Fokus auf Reformen von Subventionsprogrammen für landwirtschaftliche Vorleistungen und Einkommensdiversifizierung gefordert. Die Weltbank hat die Anliegen anerkannt und in einer schriftlichen Stellungnahme präzisiert, wie das Programm zu effizienteren öffentlichen Ausgaben im Landwirtschaftsbereich beitragen wird.

3 Schlussfolgerungen des Bundesrats

Der vorliegende Bericht erläutert, wie die Schweiz die multilateralen Themenschwerpunkte gemäss dem Bundesbeschluss zu den Kapitalerhöhungen der WBG und der AfDB im ersten Jahr seit dem Beschluss umgesetzt hat. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Schweiz ihre Anliegen in Bezug auf die multilateralen Themenschwerpunkte gezielt einbringen konnte. Sie erreichte sowohl in Verhandlungen strategischer Dokumente wie auch bei konkreten Projektvorschlägen positive Änderungen. Mit ihrem restriktiven, kriterienbasierten Ansatz für die Beurteilung von Investitionen in fossile Energien sowie dem Engagement für agroökologische Ansätze nahm sie eine Vorreiterrolle ein.

Instrumente zur Verfolgung des Engagements

Die Schweiz überwacht ihre Einflussnahme bei den MDBs mit gezielten Monitoring-Instrumenten. So werden im Rahmen des *Core Contribution Management*, das als internes Instrument zur Bewertung der Leistung und Wirksamkeit der prioritären multilateralen Institutionen dient, alle drei Jahre institutionelle und thematische Schwerpunkte der Schweiz pro MDB neu gesetzt und in jährlichen Berichten von den zuständigen Stellen überwacht.

Chancen und Herausforderungen

Der Bericht zeigt, dass für die erfolgreiche multilaterale Einflussnahme mehrere Faktoren entscheidend sind:

- **Strategische Positionierung:** Geschäfte mit institutioneller Tragweite wie Evaluationen oder Revisionen thematischer Richtdokumente der MDBs oder Verhandlungsprozesse zu Fonds-Wiederauffüllungen oder Kapitalerhöhungen bieten wichtige Opportunitäten für eine gezielte strategische Einflussnahme. Während in der Diskussion einzelner Projektvorhaben noch punktuelle Verbesserungen erreicht werden können, orientieren sich die MDBs bei der Projektentwicklung an den strategisch übergreifenden Dokumenten, welche eine entsprechend grössere Hebelwirkung für das Engagement der Schweiz ermöglichen. Gleichzeitig bieten Projektdiskussionen einen wichtigen «Reality Check» für die praktische Umsetzung strategischer Prioritäten.

- **Zielkonflikte:** Bestimmte Ziele stehen in gewisser Masse im Widerspruch zueinander, weshalb eine gezielte Abwägung und Priorisierung unumgänglich ist. Beispielsweise setzt sich die Schweiz für die Förderung der Energiewende zu erneuerbaren Energien ein, wobei Solarenergie eine zentrale Rolle spielt. Die Schweiz fordert gleichzeitig auch die Einhaltung von strikten Standards zum Ausschluss von Zwangsarbeit in Solarlieferketten, was die Umsetzung von Solarprojekten zurzeit entsprechend erschwert. Die Schweiz verringert diesen Zielkonflikt so weit wie möglich, indem sie sich im Rahmen der thematischen Arbeitsgruppen sowie in den Steuerungsgremien der MDBs aktiv für die Sicherstellung der nachhaltigen Rückverfolgbarkeit der Solarlieferketten engagiert und eine fallweise Prüfung der Projekte vornimmt. Eine sorgfältige Güterabwägung bei der Erarbeitung der Schweizer Position zu entsprechenden Projekten und übergreifenden strategischen Diskussionen ist oftmals notwendig.
- **Themenspezifische multilaterale Allianzen:** Ein enger Austausch und koordiniertes Vorgehen mit gleichgesinnten Ländern ist zentral für effektive multilaterale Einflussnahme. Den Schweizer Vertretungen bei den MDBs kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Während Allianzen bei den verschiedenen MDBs zu gewissen Themen (z. B. Klima, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung) schon bestehen, ist die Koordination zu anderen Themen (z. B. nachhaltige Landwirtschaft und Agrarökologie) noch weniger ausgeprägt und erfordert entsprechend höheren Aufwand. Dabei ist unter Berücksichtigung begrenzter Kapazitäten auch ein selektives und strategisches Vorgehen wichtig.
- **Stimmrechtsgruppen:** Infolge des konsensbasierten multilateralen Systems müssen Positionen in den Exekutivräten im Namen der gesamten Stimmrechtsgruppe eingebracht werden, weshalb Schweizer Vertretungen auch andere Mitgliedsländer von ihren Anliegen überzeugen müssen. Dabei sind sowohl die konvergierenden oder divergierenden Interessen der anderen Länder wie auch das relative Gewicht der Schweiz innerhalb der Stimmrechtsgruppe ausschlaggebend. Ein strategisches Vorgehen erfordert Dialog und Kompromissbereitschaft sowie ein Engagement zur Konsensfindung in den Stimmrechtsgruppen. Indessen ist die Schweiz mit der Leitung einer Stimmrechtsgruppe permanent in den Exekutiv- und Gouverneursräten der WBG und der EBRD vertreten, was ihr eine besonders prominente Stellung und Einflussmöglichkeit verschafft.
- **Gezielte Unterstützung in thematischen Bereichen:** Die meisten MDBs verfügen über komplementäre Programme, die Wissensarbeit, technische Unterstützung und gezielte finanzielle Beiträge zu spezifischen Themen leisten. Diese bieten, ergänzend zum Engagement in den Leitungsgremien der MDBs, Gelegenheiten für die gezielte Beeinflussung dieser Themen. Die Schweiz trägt zu einigen dieser Programme bei und kann so die Arbeit der MDBs in Bereichen wie Klimawandel, Gouvernanz, Geschlechtergleichstellung oder Fragilität mitprägen.

Das WBF und das EDA werden beauftragt, dem Bundesrat bis Ende 2025 den nächsten Bericht über das Engagement der Schweiz zu den multilateralen Themenschwerpunkten in den Steuerungsgremien der multilateralen Entwicklungsbanken zu unterbreiten.

Anhang 1: Bundesbeschluss BBI 2020 10067



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe

vom 16. Dezember 2020

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 167 der Bundesverfassung¹,
gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991² über
die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods,
gestützt auf Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976³ über
die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 19. Februar 2020⁴,

beschliesst:

Art. 1 Verpflichtungskredit für den einzahlbaren Anteil der Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe

¹ Für die Beteiligung des Bundes an den Kapitalerhöhungen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Internationalen Finanz-Corporation wird für den einzahlbaren Anteil ein Verpflichtungskredit von 217,5 Millionen Franken bewilligt.

² Darin enthalten ist eine Reserve von 19,8 Millionen Franken für Wechselkurschwankungen.

³ Die Mittel können für Beteiligungen an den Kapitalerhöhungen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und an der Internationalen Finanz-Corporation verwendet werden.

Art. 2 Verpflichtungskredit für die Erhöhung des Garantiekapitals der Internationalen Bank für Wiederaufbau

¹ Für die Erhöhung des Garantiekapitals bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wird ein Verpflichtungskredit von 713,9 Millionen Franken bewilligt.

- 1 SR 101
- 2 SR 979.1
- 3 SR 974.0
- 4 BBI 2020 2501

2018-3647

10067

² Darin enthalten ist eine Reserve von 64,9 Millionen Franken für Wechselkurschwankungen.

Art. 3 Verpflichtungsperiode

Die Verpflichtungen zulasten der beiden Verpflichtungskredite können bis am 31. Dezember 2023 eingegangen werden.

Art. 4

Die Schweiz verfolgt die Umsetzung der Kapitalerhöhungen. In den Steuerorganen der Weltbank-gruppe fordert sie die Einhaltung und die stete Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards sowie der Korruptionsbekämpfung. Sie setzt sich in den Strategien und Projekten der Weltbankgruppe im Rahmen von deren komparativen Stärken und unter Einbezug der Zivilgesellschaft für die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, die Geschlechter-gleichstellung, die Bekämpfung des Klimawandels sowie eine nachhaltige Landwirtschaft, inklusive agro-ökologischer Ansätze, die Schaffung von lokalen und guten Arbeitsplätzen sowie die Förderung von öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen ein.

Art. 5

Der Bundesrat informiert die Aussenpolitischen Kommissionen periodisch über sein Handeln.

Art. 6 Referendum

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

Ständerat, 14. Dezember 2020

Der Präsident: Alex Kuprecht
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 16. Dezember 2020

Der Präsident: Andreas Aebi
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Anhang 2: Übersicht Stimmrechtsgruppen

MDB	Stimmrechtsgruppe der Schweiz
WBG	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
AfDB	Deutschland, Luxemburg, Portugal
IDB	Belgien, China, Deutschland, Holland, Israel, Italien
IDB Invest	Dänemark, Finnland, Frankreich, Kanada, Norwegen, Schweden
EBRD	Liechtenstein, Montenegro, Serbien, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan
AsDB	Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien
AfIB	Dänemark, Island, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Ungarn, Vereinigtes Königreich